

Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Fusionsgespräche mit der Gemeinde Ostermundigen und anderen Gemeinden, Teil 1: Sollte nicht aus den Erfahrungen der Fusion der Stadt Luzern und der Gemeinde Littau gelernt werden?

Am 11.9.2019 fand eine interessante Sitzung der AKO zu den Erfahrungen der Fusion Luzern und Littaus statt. Die Fraktions- und Parteipräsidenten waren dabei eingeladen. Der Präsidentin und dem Sekretariat der AKO sei an dieser Stelle für die gute Organisation und die gelungene Durchführung des Anlasses gedankt. Wichtige Erkenntnisse des Anlasses waren u.a., dass der Prozess von unten angestossen werden muss und der Einbezug weiterer Agglomerationsgemeinden frühzeitig stattfinden. Auch müssen Ängste abgebaut werden. Es sei auf den Erfahrungsbericht von Peter Mandler (Inputreferat vom 11.9.2019) verwiesen.

Die Stadt Bern fokussiert sich auf die rasche Fusion mit Ostermundigen. Mit diesem Vorgehen könnten anderen Gemeinde brüskiert werden.

Der Gemeinderat wird höflich darum ersucht, die Fragen zu beantworten:

1. Will der Gemeinderat Konsequenzen aus den Erfahrungen der Fusion Luzern/Littau lernen, insbesondere hinsichtlich
 - a) Prozess von unten anstossen?
 - b) frühzeitiges Einbinden weitere Agglomerationsgemeinden (vgl. negative Erfahrungen infolge Unterlassungen im Falle Luzern; Brüskierung anderer Gemeinden S. 13 Inputreferat).
 - c) Abbau von Ängsten?
 - d) weitere Empfehlungen?

Wenn ja, was will der Gemeinderat der Konsequenzen daraus ziehen, wie will er diese konkret umsetzen? Mit welchen Schwierigkeiten rechnet er? (aufgeschlüsselt nach a, b, c und d)

Wenn nein, warum nicht? (aufgeschlüsselt nach a, b, c und d)

2. Zieht der Gemeinderat weitere Lehren aus Fusion Luzern und Littau und Fusionen in der Schweiz? Wenn ja, welche, wie will er sie konkret umsetzen? Wenn nein, warum nicht?

Begründung der Dringlichkeit

Der Gemeinderat und der Stadtrat streben rasche Fusionsverhandlungen mit Ostermundigen an. Dadurch könnten andere Gemeinden brüskiert werden. Auch das Vorgehen der Stadt und die von SP und JUSO angestrebten Erwerb von Privateigentum und rigide Verkehrspolitik dürfte andere umliegende Gemeinden – nach Auffassung der Interpellanten völlig zurecht – vor jeden Fusionsgeplüsten Abstand nehmen lassen. Die umgehende Beantwortung der nachfolgenden Fragen ist angesichts des geplanten Vorgehens der Stadt und der Gemeinde Ostermundigen zwingend. Frühe Brüskierungen der Agglomeration und die zurecht bestehenden Ängste können sich klar negativ auswirken.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 12. September 2019

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: Thomas Glauser, Janosch Weyermann, Ueli Jaisli, Devrim Abbasoglu-Akturan